

(A) Vizepräsident Thomas Oppermann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016, 29. Juni 2017, ergänzt durch Resolution 2391 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Dezember 2017

Drucksache 19/1098

Überweisungsvorschlag:
 Auswärtiger Ausschuss (f)
 Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 Verteidigungsausschuss
 Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
 Haushaltsausschuss gemäß § 96 der GO

Es gibt eine interfraktionelle Vereinbarung, die sieht 38 Minuten für die Debatte vor. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

(B) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will am Anfang etwas zur Bedeutung Malis sagen. Schaut man sich die geografische Lage und die Verbindungen, die Mali zu seinen Nachbarstaaten hat, an, wird relativ schnell deutlich, warum dieses Land so zentral für die Stabilität ist – nicht nur für die gesamte Sahelregion, sondern auch für uns und für unsere Nachbarschaft. Ich glaube, wir müssen in Zeiten einer zunehmend globalisierten, zusammenwachsenden Welt den Begriff „Nachbarschaft“ breiter definieren und diskutieren.

(Lachen der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Ich will daran erinnern, warum wir heute überhaupt über die Operation MINUSMA miteinander diskutieren und am Ende der Debatte eine Entscheidung treffen werden. Mali, meine sehr verehrten Damen und Herren, stand 2012 kurz vor dem Kollaps. Islamistische Gruppierungen waren kurz davor, ihre Ziele zu erreichen und das Land und seine Regierung unter Kontrolle zu bringen. Es war eine Entscheidung von wenigen Tagen, vielleicht sogar von wenigen Stunden, wie Europa darauf reagieren würde.

Ich will das an dieser Stelle noch einmal sagen: Ohne den beherzten Einsatz vor allem unserer französischen Freunde und die Bereitschaft der damaligen französischen Regierung, ein politisches Risiko einzugehen, wären Mali und seine Regierung in die Hand der Islamisten gefallen.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Krieg ist bei Ihnen jetzt beherzt?)

Das konnte verhindert werden. Es ist gut, dass diese Entscheidung damals so getroffen wurde. Ich will auch daran erinnern – das gerät manchmal ein bisschen in den Hintergrund –, dass das auf Bitten der malischen Übergangsregierung stattgefunden hat. Ich bin froh, dass die Bundesregierung diese Entscheidung damals unterstützt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren – das darf ich Ihnen heute vortragen –, hat sich die Bundesregierung dafür entschieden, diesen Einsatz und die Unterstützung, die wir der malischen Regierung gewähren und die wir im Rahmen einer breiten internationalen Bemühung leisten, fortzusetzen. Wir tun das in dem vollen Bewusstsein der Verantwortung, die wir für Leib und Leben, für die Gesundheit unserer Soldatinnen und Soldaten haben. Denn – auch das muss man sagen – der Einsatz in Mali ist einer der gefährlichsten Einsätze, die die Bundeswehr zurzeit ausführt. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns die Zeit nehmen und miteinander eine ausführliche und angemessene Diskussion darüber führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will darauf hinweisen, dass wir es mit der Auseinandersetzung zwischen der malischen Regierung und den bewaffneten Rebellen zu tun haben.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hampel von der AfD?

Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt:
 Bitte.

Armin-Paulus Hampel (AfD):

Herr Staatsminister, könnte es sein, dass die Franzosen, die Sie gerade so lobend erwähnt haben, mit ihrem raschen Eingreifen einiges verhindert haben, aber dass das vielleicht mit Blick auf die Maghreb-Staaten, die durch die Lage in Mali bedroht sind, ein Eingreifen der Franzosen im nationalen Interesse war? Die Franzosen haben einfach eines gemacht: Sie haben ihre Interessen in Afrika wahrgenommen.

(Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Fahren Sie mal nach Paris!)

Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Nein, ich glaube, die französische Regierung hat – ich habe darauf hingewiesen – eine Entscheidung getroffen in einer extremen Situation, von der jeder wusste, dass

Niels Annen

- (A) man, wenn man die Entwicklung laufen lassen würde, billigend in Kauf genommen hätte, dass dieses Land in die Hand der Islamisten gefallen wäre. Ich sehe auch überhaupt keinen Widerspruch darin, im Interesse Europas und auch im nationalen französischen Interesse zu handeln. Die französische Regierung hat sich unmittelbar nach dieser Entscheidung an die Verbündeten und Partner gewandt, unter anderem auch an die Bundesregierung. Insofern, glaube ich, muss man da keinen Widerspruch herstellen, wo es keinen Widerspruch gibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich will darauf hinweisen – das war der Punkt, an dem ich vorhin stehen geblieben bin –, dass es auch eine Verbindung zur organisierten Kriminalität gibt. Wir reden heute über Mali. Aber es ist wichtig, dass wir auch über die Stabilität im gesamten Sahelraum miteinander diskutieren und dass die Frage der ökonomischen Perspektiven für diese Region bei allen Debatten über die militärische Stabilisierung nicht in den Hintergrund gerät. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist entscheidend. Das ist auch entscheidend für die etwa 50 Nationen, die sich an dieser Operation beteiligen.

Es gibt ein wichtiges Element, auf das ich ebenfalls hinweisen möchte: Es ist eine Operation, die nicht alleine durch Frankreich angestoßen und dann quasi von außen organisiert und geführt wurde. Es gibt einen Friedensprozess in Mali, es gibt ein Friedensabkommen. Das unterscheidet die Lage in diesem Land von vielen anderen Konflikten, über die wir hier im Deutschen Bundestag miteinander diskutiert haben. Das heißt: Wir haben eine Grundlage für unser Handeln. Insofern ist es wichtig, dass wir an dieser Stelle auch über das Problem der Perspektivlosigkeit, gerade der jungen Menschen, reden. In Mali haben etwa 300 000 Menschen keinen Zugang zum Bildungssystem und gehen nicht zur Schule. Wir kennen das aus anderen Konfliktregionen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist natürlich ein riesiges Potenzial für die Rekrutierung islamistischer Terroristen, aber auch für die organisierte Kriminalität.

Gerade weil wir in Mali ein Friedensabkommen haben, ist es wichtig, dass wir auch darüber sprechen, was wir tun können, und darüber, was wir schon tun, um diesen Prozess zu unterstützen. Aber dies ist verbunden mit dem ernstgemeinten Appell an die Regierung in Mali, ihren eigenen Verpflichtungen nachzukommen und das Friedensabkommen entschlossen und entschieden umzusetzen. Das gilt für alle Konfliktparteien: Das gilt für die Regierung, das gilt für die Rebellen. Ich will schon sagen, dass wir an der einen oder anderen Stelle enttäuscht sind, weil es am politischen Willen fehlt. Es ist kompliziert, denn Mali ist ein großes Land mit einer komplexen politischen Landschaft bzw. Situation; das wissen wir alles. Aber am Ende kann die internationale Gemeinschaft über die Frage, ob Mali dauerhaft stabilisiert und zu einer friedlichen Lösung geführt werden kann, nicht für die Menschen und die Regierung in Mali entscheiden. Das müssen die politischen Akteure in Mali schon selber tun. Aber wir können das tun, was wir im Moment leisten: mit hochprofessionellen Soldatinnen und Soldaten, die

- in diesem Einsatz tätig sind, aber auch mit den anderen Missionen, die wir dort unterstützen. (C)

Ich will daran erinnern: Es geht um Ausstattungshilfe, es geht um das Engagement im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Seit vielen Jahren können wir auch auf Partnerstrukturen zurückgreifen. Es gibt eine EU-Ausbildungs- und Polizeimission und vieles mehr. Trotzdem hat es in diesem Prozess – das muss man ganz offen ansprechen – in den letzten Jahren und Monaten auch Rückschläge gegeben. Es gibt Probleme, vor denen wir uns nicht drücken. Wir stellen uns diesen Problemen. Aber es geht darum, dass dieser Friedensvertrag, dieser vereinbarte Prozess von den Partnern, die ich schon angesprochen habe, zügig und vollständig umgesetzt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Sicherheitssituation im Land insgesamt bleibt in weiten Teilen durchaus prekär. Die Entwaffnung und die Reintegration der Rebellen schreitet voran, aber aus meiner Sicht deutlich zu langsam. Auch dort müssen wir als internationale Gemeinschaft mehr tun.

Aber es gibt eben auch wichtige Fortschritte, und ich will über diese Fortschritte reden, weil sie mit der Arbeit der deutschen Soldatinnen und Soldaten, der entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NGOs zu tun haben, die sich in und für Mali engagieren. Diese Fortschritte sind es, die uns Mut machen, Ihnen heute zu empfehlen, dieses Mandat zu verlängern. Ich will einige Punkte nennen.

- (D) Die überwiegende Mehrheit der Binnenvertriebenen ist inzwischen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Das sagt auch etwas darüber aus, dass sich die Räume der Sicherheit vergrößert und verbreitert haben. Die Zentralregierung und die bewaffneten Gruppen des Nordens halten sich in letzter Zeit überwiegend an den Friedensvertrag. Es gibt inzwischen sogar gemischte Patrouillen in Gao. Ich glaube, dass das ein gutes und ein mutmachendes Zeichen ist. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission – das möchte ich hier benennen – hat einen ganz zentralen Anteil an der Versöhnung, insbesondere mit Blick auf die Opfer, die wir in diesem Land zu beklagen haben. Auch das unterstützen wir. Mir ist es wichtig, dass wir als Bundesregierung politisch, aber auch dort, wo es mit anderen Möglichkeiten und finanziellen Ressourcen möglich ist, auch die schon angesprochene Zusammenarbeit der Staaten in der Sahelzone – Stichwort: Zusammenschluss der G 5 – unterstützen. Meine Damen und Herren, eine stabile und vertrauensvolle Zusammenarbeit, gerade auch in Sicherheitsfragen, ist in europäischem, aber auch in unserem nationalen Interesse.

Ich will schließen mit einem Dank – ich will das noch einmal unterstreichen und wiederholen – an die Soldatinnen und Soldaten. Ich will auch daran erinnern, dass wir alle miteinander gemeinsam den Verlust von zwei Hubschrauberpiloten zu beklagen hatten, die bei einem tragischen Unglück ums Leben gekommen sind. Ich denke, es ist der richtige Augenblick, in dieser Debatte auch an die Verluste zu denken.

Niels Annen

(A) Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Rüdiger Lucassen von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Rüdiger Lucassen (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Vor fünf Jahren stimmte der Bundestag zum ersten Mal für eine Beteiligung deutscher Soldaten an der Stabilisierungsmission in Mali. Seitdem wurde die Zahl der eingesetzten Soldaten immer wieder erhöht, und die Aufgaben wurden erweitert.

Die Verteidigungsministerin vergleicht die Bundeswehr gern mit einem Unternehmen, machte konsequenterweise auch eine Unternehmensberaterin zur Staatssekretärin. Mit dem Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz wollte es Frau von der Leyen bei der Personalwerbung sogar mit den großen DAX-Konzernen aufnehmen. Nun, Frau Ministerin, in einem DAX-Konzern gibt es jedes Jahr eine Hauptversammlung. Auf dieser Hauptversammlung müssen die CEOs – und das sind Sie dann in gewisser Weise – den Anteilseignern – das sind dann wir, das Parlament – Auskunft über den Gewinn der geschäftlichen Aktivitäten und Investitionen geben. Fünf Jahre investieren Sie nun schon in Mali. Höchste Zeit für eine Gewinnermittlung. Eine solche Gewinnermittlung – und sei es auch nur ein Zwischenstand – ist natürlich nur möglich, wenn es einen Businessplan gibt. Und den haben Sie für Mali nicht.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich ist die Bundeswehr kein Geschäft. Es verbietet sich, den Beruf des Soldaten mit anderen Berufen gleichzusetzen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Warum machen Sie es dann?)

Einen Plan zur Erreichung der definierten Ziele brauchen Streitkräfte aber genauso wie ein erfolgreiches Unternehmen. Wie so etwas geht, können Sie sich in Norwegen anschauen. In einer detaillierten Aufarbeitung von Auslandseinsätzen im Auftrag der norwegischen Regierung heißt es unter dem Punkt „Strategische Prinzipien, Planung und Ansatz“ – ich zitiere –: Die Ziele für den Einsatz müssen klar definiert und dem Parlament und der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Das umfasst auch die eigenen Ziele, die wiederum internationale Ziele ersetzen oder ergänzen können. – Und weiter: Eine Exit-Strategie muss zwingend entwickelt werden. Ständige Abweichungen von den Missionszielen sind zu vermeiden.

Die Bundesregierung hätte es für den Einsatz in Mali besser machen können. Es scheint einzig der Wille zu fehlen, aus den Erfahrungen zu lernen. Mali ist deswegen auf dem Weg zur nächsten Endlos Geschichte, wie Afgha-

nistan. Das sollten Sie als Abgeordnete nicht zulassen. Prüfen Sie Ihr Gewissen, bevor Sie die Hand heben. (C)

Auch auf der operativen Ebene des Mali-Einsatzes liegt vieles im Argen. Ein Beispiel: Schon in drei Monaten will das Verteidigungsministerium die Hubschrauber des Typs Tiger und NH90 aus dem Einsatzgebiet abziehen. Die Kampfhubschrauber sollen durch Hubschrauber aus El Salvador ersetzt werden. Um Ersatz für die Transporthubschrauber hat man Jordanien gebeten. Die haben ihre Zusage allerdings zurückgezogen. Bisher ist noch kein Ersatz in Sicht. Ohne Transporthubschrauber jedoch bricht auch die lebenswichtige Rettungskette für unsere Soldaten weg. Damit würde sich der Einsatzradius auf 40 Kilometer um das Feldlager in Gao reduzieren.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Das ist doch eine Märchenstunde! Das glauben Sie doch nicht im Ernst, dass wir das zulassen!)

Was soll dann noch erreicht werden?

Ich fasse also zusammen: Dem Einsatz in Mali fehlt eine nationale Strategie und eine tragfähige Planung. Es fehlen Hubschrauber, die unsere Soldaten im Notfall evakuieren können, und es fehlt der Bundesregierung der Wille, die Mängel abzuschaffen. Die Fraktion der AfD lehnt den Einsatz in Mali daher ab.

Wie ich allerdings vor drei Tagen in der „Bild am Sonntag“ lesen konnte, mangelt es dem deutschen Kontingentführer in Mali nicht an der Zeit, sich über die deutsche Innenpolitik Gedanken zu machen. In einem Interview mit der Zeitung sagte der Oberst wörtlich, er wollte sich „gar nicht ausmalen, was passiert, wenn Marie Le Pen in Frankreich, Wilders in Holland und die AfD in Deutschland noch mehr Prozentpunkte zulegen würden. „Man wolle doch nicht, dass sich die Zeiten der Weimarer Republik wiederholen“.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Da hat er recht! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Abgesehen davon, dass sich der ranghöchste Soldat im Einsatzland auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren sollte, liegt hier ein klarer Verstoß gegen seine Pflicht zur politischen Neutralität vor.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Staatsbürger in Uniform! – Henning Otte [CDU/CSU]: Was haben Sie denn für ein Verständnis?)

– Nur für Sie: § 15 Soldatengesetz. – Ich gehe davon aus, Frau Ministerin, dass Sie diese Einschätzung teilen und entsprechend tätig werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Dazu kann die Ministerin gleich etwas sagen; denn sie ist die nächste Rednerin. – Frau Dr. von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

(A) **Dr. Ursula von der Leyen**, Bundesministerin der Verteidigung:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Lucassen, was – erstens – unseren Kommandeur in Mali angeht: Er ist ein hervorragender Kommandeur und Soldat, der die Gelegenheit genutzt hat, als Staatsbürger in Uniform seine Meinung zu sagen. Ich kann nur sagen: guter Mann, hervorragend!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens. Ich war doch beeindruckt, dass Sie ungefähr die Hälfte Ihrer Redezeit benutzt haben, um Dinge zu analysieren – ich konnte gar nicht alles mitschreiben –: Sie haben vom CEO, von der Gewinnermittlung, vom Businessplan, von der Hauptversammlung, vom Plan für erfolgreiche Unternehmen gesprochen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das wollten Sie doch machen! – Rüdiger Lucassen [AfD]: Das war Ihre Idee!)

Herr Lucassen, dann haben Sie auch noch gesagt, das sei etwas, was ich gerne machen würde. Nein, Herr Lucassen, Sie sollten nicht von sich auf andere schließen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie da eben vorgetragen haben, war eindeutig.

(B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Recht reden wir heute Nachmittag und heute Abend viel über die Region, in der der Einsatz, über den wir hier debattieren, stattfindet. Ich möchte den sehr treffenden Analysen des Kollegen Niels Annen noch zwei Zahlen hinzufügen, die zeigen, wie wichtig es ist, dass wir in dieser Region Stabilität haben: Während das Durchschnittsalter in Europa 43 Jahre beträgt, beträgt das Durchschnittsalter in Mali und Niger gut 14 Jahre. Das heißt, es macht einen großen Unterschied, wie wir uns heute dort, in unserer Nachbarschaft, engagieren und welche Weichen wir heute stellen. Denn wir alle wissen, dass Gewalt und Extremismus vor allem dort florieren, wo Politik und Regierung versagen, wo sie untätig sind, wo sie ausgrenzen. Wir wissen, dass die Treiber der Hoffnungslosigkeit Armut und Korruption sind. Wenn es keine Perspektiven oder Zukunft gibt, wenn Gewalt und Extremismus an der Tagesordnung sind, dann bringt das diese jungen Menschen zur Verzweiflung. Es liegt auch an uns, die richtigen Weichen zu stellen, damit diese jungen Menschen in ihrer Heimat Perspektiven finden, Hoffnung schöpfen, Teilhabe erleben und Arbeit finden. Genau das ist das Ziel des gemeinsamen Engagements in Westafrika.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei ist es wichtig, dass die Regierung mitmacht. Bei der malischen Regierung ist Luft nach oben, was die Aktivität und die Intensität angeht, den Friedensprozess umzusetzen. Wir brauchen mehr Diplomatie, wir brauchen Entwicklungszusammenarbeit, gerade im Hinblick auf die wirtschaftlichen Perspektiven, und wir brauchen militärischen Schutz.

(C) Eines dieser Instrumente ist die Mission MINUSMA der Vereinten Nationen. Auch hier gilt: Die Vereinten Nationen sind nur so stark, wie wir sie machen. Deshalb sind wir bereit, einen substanziellen Beitrag bei MINUSMA zu leisten. Wir haben den Staffelnstab von den Niederländern übernommen, die diese Mission drei Jahre ganz entscheidend geprägt haben. 15 000 Soldatinnen und Soldaten sind insgesamt vor Ort im Einsatz. Die Niederlande waren der Dreh- und Angelpunkt der Hochtechnologie, die sie ins Land gebracht haben.

Wir haben den Staffelnstab übernommen. Seit November 2016 haben wir mit der Aufklärungsdrohne Heron 1 den ganzen großen Norden Malis überwacht. An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, Herr Lindner, dass diese Drohne seit dieser Zeit unbestritten fliegt. Ich wünschte, gelegentlich würde auch einmal darüber berichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie funktioniert. Ich kann den Soldatinnen und Soldaten nur meinen Respekt dafür aussprechen.

Ja, wir decken die Rettungskette ab: über den MedEvac, den NH 90 und den Tiger. In der Tat trauern wir mit den Familien der Piloten, die bei dem schrecklichen Absturz im Sommer ums Leben gekommen sind. Das führt uns wieder vor Augen, dass dieser Einsatz ein gefährlicher ist und der Dienst eines Soldaten oder einer Soldatin kein Beruf wie jeder andere ist. Wir sind den Soldaten und Soldatinnen zu tiefstem Dank verpflichtet, dass sie bereit sind, ihr Leben und ihre Gesundheit für unsere Freiheit und für unsere Sicherheit einzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Wir stellen die Rettungskette. Mein Dank und mein Gruß geht an dieser Stelle in Richtung Tribüne zum Inspekteur Sanität und den Kameraden, die bei ihm sitzen. Die Rettungskette – das höre ich immer wieder bei meinen Besuchen in Gao und in Niamey – ist nicht nur unglaublich wichtig für unsere Soldatinnen und Soldaten, sondern auch für die gesamte internationale Gemeinschaft vor Ort. Wir sind vor einem Dreivierteljahr mit Hubschraubern reingegangen. Weil wir bei den Niederländern erlebt haben, wie schwierig es ist, eine Ablösung zu finden, haben wir die Vereinten Nationen gebeten, in ein Rotationssystem überzugehen.

Herr Lucassen, wenn Sie einigermaßen à jour wären und die Nachrichten, die unser Fach betreffen, verfolgt hätten, dann hätten Sie seit Montag wissen können, dass die Kanadier dankenswerterweise bei den Vereinten Nationen angezeigt haben, dass sie im August dieses Jahres mit Chinook und Griffon einspringen und dort für uns den Staffelnstab übernehmen und weitertragen werden. Sie hätten sich besser informieren können. Das Parlament weiß es bereits. Wir sind dankbar und froh, dass uns die Kanadier an diesem Punkt ablösen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

(A) Gleichzeitig haben sich einige wenige Anforderungen verändert. Wir werden von den Niederländern im Camp Castor in Gao, wie verabredet, die gesamte Lagerverantwortung übernehmen. Das heißt, wir werden Bereiche wie Kantine und Feldpost – eminent wichtig –, aber auch Schutzaufgaben übernehmen. Deshalb bitten wir, die Obergrenze des Mandats um 100 Soldatinnen und Soldaten anzuheben.

Schließlich und endlich: Wir werden dieses Mal das Mandat um 13 Monate verlängern; ich bin sehr dankbar, dass dies im politischen Raum entsprechend aufgenommen worden ist. So werden wir im nächsten Jahr, im Mai 2019, alle die Einsätze, die in dieser Region von uns bestritten werden und die für uns politisch und strategisch wichtig sind, gemeinsam diskutieren können. Dabei geht es um die zivile EU-Mission EUCAP Sahel sowie um MINUSMA, aber es ist auch um die europäische Trainingsmission EUTM Mali und eine Vielzahl von Aktivitäten, die das BMZ dort im vernetzten Ansatz nach vorne bringt.

Meine Damen und Herren, wir haben über ein Teilstück des vernetzten Ansatzes, MINUSMA, diskutiert. Ich bitte um die Unterstützung für dieses Mandat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

(B) Vielen Dank. – Ich darf ganz herzlich die deutsche U18-Rugby-Nationalmannschaft auf der Tribüne des Deutschen Bundestages begrüßen

(Beifall)

und selbstverständlich auch die Soldaten der Bundeswehr.

(Beifall)

So spät abends haben wir nicht so viele Besucher. Deshalb begrüße ich sie gerne.

Der nächste Redner ist der Kollege Ulrich Lechte von der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Ulrich Lechte (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Es freut auch mich ganz besonders, die U18-Rugby-Nationalmannschaft hier zu haben.

Die Entscheidung über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der UNO-Mission in Mali ist keine leichte Entscheidung. Es handelt sich um einen der wichtigsten und gefährlichsten Auslandseinsätze der Bundeswehr. Mit 155 getöteten Blauhelmsoldaten seit 2013 ist MINUSMA die derzeit verlustreichste UNO-Mission. Für Deutschland beklagen wir dabei den Verlust der zwei Besatzungsmitglieder des Tiger-Kampfhubschraubers, der im Juli 2017 abstürzte.

Angesichts dieser Umstände muss der Einsatz sehr gut begründet sein. Das ist nach Auffassung der FDP-Frak-

(C) tion der Fall. Im Januar 2013 stand das Land kurz davor, ein Failed State zu werden. Ein Bündnis aus Islamisten und Tuareg-Rebellen war im Begriff, die Hauptstadt Bamako zu erobern. Unsere französischen Partner konnten das durch ihr schnelles Eingreifen verhindern.

Deutschland hat ab dem Frühjahr 2013 als Teil der internationalen Gemeinschaft seinen Beitrag zur Stabilisierung Malis geleistet. Seitdem gab es erhebliche Fortschritte. Die malischen Konfliktparteien haben 2015 ein Friedensabkommen geschlossen. Die Mehrzahl der Binnenflüchtlinge konnte in ihre Städte und Dörfer zurückkehren. Es gibt erkennbare Ergebnisse bei politischen Reformen zur Dezentralisierung und der Machtteilung mit den Regionen. Doch gibt es weiterhin viel zu tun. Beispielsweise gibt es die gemischten Patrouillen aus Angehörigen der Rebellengruppen und der malischen Armee, die im Friedensvertrag vorgesehen sind, bisher nur in Gao – eine Stadt, die unter anderem von unseren deutschen Soldaten geschützt wird. Die anderen Regionen hinken hinterher.

Schleppend voran geht zudem die Entwaffnung und Wiedereingliederung der ehemaligen Kämpfer. Die Korruption hat Mali – wie in weiten Teilen Afrikas leider üblich – immer noch zu sehr im Griff. Die Regierung Malis hat noch einige schwierige Aufgaben vor sich.

Zudem gibt es bei der Sicherheitslage leider einige Rückschläge. Die verbliebenen Gegner des Friedensprozesses arbeiten seit 2017 wesentlich enger zusammen. Im März 2017 erfolgte der Zusammenschluss mehrerer islamistischer Gruppen zur Terrorallianz JNIM. Seitdem nimmt die Zahl der Anschläge auf MINUSMA-Truppen zu. Die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung Malis dürfen daher nicht nachlassen. Wir dürfen nicht erlauben, dass der internationale islamistische Terrorismus in dieser Region weiter Fuß fasst, sie destabilisiert und damit auch uns in Europa bedroht.

(Beifall bei der FDP)

(D) Es ist daher gut, zu sehen, mit welcher breiter Unterstützung die internationale Gemeinschaft hinter diesem UNO-Mandat steht.

An dieser Stelle möchte ich aber auch betonen, wie wichtig es ist, dass unsere Soldaten die nötige Unterstützung und vor allem Ausrüstung bekommen, damit sie diese schwierigen Aufgaben in Mali ausführen können.

(Beifall bei der FDP)

Es war beschämend zu lesen, dass am 15. Februar dieses Jahres circa 150 Bundeswehrsoldaten auf dem Rückweg aus ihrem Einsatz in der Hauptstadt Bamako gestrandet waren. Eine Luftwaffenmaschine konnte sie wegen eines Defekts nicht abholen, beschämend deshalb, weil wir keine eigene Ersatzmaschine hatten – ein weiterer Beweis für die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr und den dringenden Handlungsbedarf.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin, fehlende Wintermäntel für Litauen, mangelhafter Diesel in Afghanistan, wüstenuntaugliche Geländewagen, keine Ersatzteile überall – diese Nachrichten

Ulrich Lechte

- (A) zur Bundeswehr müssen endlich der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der FDP – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Wir arbeiten dran!)

Es muss Schluss sein mit Beschönigungen und politischer Verklärung. Wir brauchen unabhängige Kontrollen, die nicht von dem System abhängig sind, das sie kontrollieren.

Die Probleme sind jahrzehntelang bekannt, die Lösungen auch. Wir fordern beherztes Handeln der zuständigen Ministerin und der Bundeswehrführung, damit unsere Zustimmung nächstes Mal leichter fällt. Das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten mehr als schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Danke. – Nächste Rednerin ist Kathrin Vogler für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf den Tribünen! Die Bundesregierung beantragt heute, das Mandat für den Bundeswehreinsatz in Mali zu verlängern und aufzustocken. Mali gilt als gefährlichster unter den 16 Auslandseinsätzen. Auch wir trauern um die zwei Männer, die im letzten Jahr bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommen sind.

(B)

Demnächst sollen nach dem Willen der Bundesregierung in Mali bis zu 1 100 Soldaten und Soldatinnen stationiert werden. Weil wir hier im Bundestag verantwortlich sind, diesen Einsatz zu beschließen, sollten wir uns, wie ich finde, einigen kritischen Fragen stellen. Was macht denn die Bundeswehr eigentlich in Mali?

In aller Kürze kann man sagen, dass die Mission MINUSMA das Chaos eindämmen soll, das die NATO mit ihrem militärischen Eingreifen in Libyen 2011 ausgelöst hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Damals war nach dem Sturz des libyschen Diktators Gaddafi die Sahelregion quasi mit Waffen und versprengten Milizen aus Libyen geflutet worden. Auch militante Islamisten breiteten sich aus, besonders im Norden Malis, und schließlich gab es eine brutale Militärintervention der früheren Kolonialmacht Frankreich. Man muss schon einmal sagen: Das geschah nicht nur aus Verbundenheit mit Mali, sondern auch aus Sorge um den Zugang zu den Uranminen im benachbarten Niger, die das Atomprogramm Frankreichs speisen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Das unterstellen Sie!)

Wir sehen hier einen Dominoeffekt: Der Westen greift irgendwo militärisch ein, um ein unliebsames Regime zu beseitigen, und wie die Dominosteine in einer langen

Reihe fallen, so breiten sich der Konflikt, die Waffen, die Milizen und die Islamisten in der ganzen Region aus. (C)

Wie es jetzt gelingen soll, die Probleme, die durch den Einsatz eines falschen Mittels geschaffen wurden, durch noch mehr von demselben Mittel zu beseitigen, erschließt sich uns von der Linken nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die aktuelle Entwicklung – die Konflikte sind keineswegs mehr auf den Norden beschränkt, vielmehr kommt es immer häufiger auch in Zentralmali zu Anschlägen und Kämpfen – zeugt doch nicht gerade von der Wirksamkeit dieser militärischen Mittel. Eines sage ich Ihnen: Solange die Mehrheit der Bevölkerung in Armut und Perspektivlosigkeit leben muss, solange es keine wirklichen Fortschritte im politischen Friedensprozess gibt, werden auch noch so starke und noch so gut ausgerüstete Militärmissionen den Sahel nicht nachhaltig stabilisieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Möglicherweise werden Sie noch ein paar weitere Dominosteine umwerfen, ohne zu wissen, wie viele andere damit auch umgeworfen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Frau Vogler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von der FDP?

Kathrin Vogler (DIE LINKE): (D)

Gerne, Herr Kollege.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Bitte sehr.

Ulrich Lechte (FDP):

Herr Präsident! Frau Kollegin Vogler, Sie gestatten, dass ich nachfrage, ob ich Sie richtig verstanden habe: Die Franzosen haben ja in Mali eingegriffen, weil man verhindern wollte, dass Islamisten und Rebellen vor Ort diesen Staat übernehmen können. Dieser Einsatz hat nicht, wie Sie gerade angedeutet haben, zu einer Destabilisierung des Staates geführt. Der Eingriff und der folgende Bundeswehreinsatz dienten ja gerade dazu, die malische Regierung zu stabilisieren. Das wurde bei Ihnen nicht deutlich.

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Herr Kollege, da haben Sie mich offensichtlich falsch verstanden oder hinsichtlich der Reihenfolge nicht genau aufgepasst. Ich habe gesagt: Auslöser war der Sturz Gaddafis in Libyen, verbunden mit einer Militärintervention des Westens. Dies hat dazu geführt, dass sich die versprengten Truppenteile mit Stämmen der Tuareg verbündet haben. Sie sind mit den ganzen schweren Waffen, mit denen sie ausgerüstet waren, nach Mali geflohen, weil sie aus Libyen verdrängt worden sind. Das war der erste Dominostein, der gefallen ist. Dieser Dominostein hat dann die Krise im Norden Malis ausgelöst. Dann haben

Kathrin Vogler

- (A) die Franzosen interveniert. Das hat dann weitere Dominosteine zum Umfallen gebracht. Das können wir heute in Zentralmali und in den Nachbarländern beobachten. Ich sehe nicht, dass die Bundesregierung eine Antwort auf diese Krise, auf diese Fragen, auf diese Entwicklung hat. Im Grunde laufen wir der Entwicklung immer nur hinterher. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Grunde kennt auch die Bundesregierung den Dominosteineffekt. Sie verweist in ihrer Mandatsbegründung auch auf Maßnahmen der humanitären Hilfe, der Konfliktbearbeitung, der Stabilisierung und der Entwicklungszusammenarbeit, die sie in Mali ebenfalls unterstützt. Aber so gut das alles auch ist – einige der Projekte finden wir richtig überzeugend –: Die Maßnahmen der Krisenprävention und Stabilisierung fördert die Bundesregierung mit 27 Millionen Euro, während der Bundeswehreinsatz das Zehnfache kostet.

Es gibt natürlich auch nicht nur edle Motive für einen so großen, gefährlichen und teuren Militäreinsatz. Er ist für Deutschland und Frankreich auch das Testfeld für die Militarisierung der EU, auf die sowohl Merkel als auch Macron drängen.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Was für eine Verschwörung!)

Das bedeutet weitere Aufrüstung. Dazu sagen wir als Linke ganz klar Nein.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Investieren Sie die vielen Hundert Millionen Euro besser darin, allen Menschen auf diesem Planeten ein lebenswürdiges Leben und eine Perspektive für sich und ihre Familien zu geben. Bekämpfen Sie nicht die Flüchtenden – was ja dieser Militäreinsatz auch tut –, sondern die Ursachen, die die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Damit täten Sie nicht nur etwas für Stabilität und auch nicht nur in Mali, sondern Sie täten auch etwas für den Frieden.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Da haben Sie aber was durcheinandergebracht!)

Holen Sie, Frau von der Leyen, die Soldaten aus diesem gefährlichen Einsatz zurück!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Dr. Frithjof Schmidt für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Vereinten Nationen die Verantwortung für die Stabilisierung der Lage in Mali übernommen haben und mit großem Einsatz dort aktiv sind, ist gut. Man muss darauf hinweisen, dass es Frankreich war, das in einem Noteinsatz al-Qaida im nördlichen Maghreb

und Ansar al-Din auf dem Vormarsch in den Süden Malis gestoppt hat. Frankreich hat gesagt: Wir wollen diesen Einsatz internationalisieren. Wir wollen, dass die Vereinten Nationen die Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass die Europäische Union dort mit uns gemeinsam Politik macht. – Ich glaube, es ist richtig, dass Deutschland Frankreich dabei intensiv unterstützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion trägt deshalb diesen Einsatz der Bundeswehr mit.

Man muss sich wirklich klarmachen, dass der islamistische Terror von al-Qaida im nördlichen Maghreb existiert. Das ist keine Fiktion; die Terroristen sind immer noch da und immer noch schlagkräftig. Es ist außerordentlich schwierig, dort Frieden zustande zu bringen. Die UNO hat das versucht. Es gibt ein Friedensabkommen. Es gibt aber schwere Rückschläge dabei. Wir müssen die Lage sehr ernsthaft analysieren und uns intensiv damit beschäftigen, diesen Friedensprozess wieder auf den Weg zu bringen. Aber das geht eben nur, wenn die UNO ihre Stabilisierungsmission fortsetzt. Denn die UNO ist die einzige Kraft, die alle Konfliktparteien zusammenbringen kann. Deswegen geht es darum, die UNO zu stärken und sie nicht, indem man ihr Kräfte entzieht, zu schwächen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Aber zur Analyse der Situation gehört eben auch, dass man feststellen muss, dass sich die Lage in der Mitte und im Süden Malis in den letzten Jahren verschlechtert hat und dass es so nicht weitergehen darf. Es muss Druck auf die malische Regierung ausgeübt werden, damit endlich die inneren Reformen und der Kampf gegen die Korruption an die erste Stelle gesetzt werden. Dabei ist die Stärkung der malischen Zivilgesellschaft absolut zentral. Nur die malische Zivilgesellschaft kann und muss der Motor für die Durchsetzung der notwendigen Reformen sein.

Das ist die politische Kraft, die wir stärken müssen. Das sind die politischen Aufgaben für deutsche und europäische Politik. Da muss man sehr deutlich sagen – das möchte ich auch ansprechen, Staatsminister Annen –: Ich glaube, dass wir unserem Partner Frankreich gegenüber deutlich machen müssen, dass man hier auf eine klare politische Akzentsetzung hinarbeiten muss. Die alten Eliten aus der Zeit von Françafrique haben abgewirtschaftet. Die Menschen im Land empfinden das auch so. Aber unsere französischen Freunde halten an diesen Eliten nach wie vor in einem politischen Ausmaß fest, das absolut kontraproduktiv ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sosehr ich dafür eintrete, dass wir Frankreich unterstützen, und sosehr ich mich hier für eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit einsetze – deswegen tragen wir diesen Militäreinsatz mit; es ist gut, dass er von der deutschen Politik intensiv gestützt wird –, muss ich aber auch sagen: Wenn man die innenpolitische Situation in Mali nicht in Richtung eines Reformprozesses treiben

Dr. Frithjof Schmidt

- (A) kann, dann wird das politisch eine ganz schwierige Sache. Ich denke, Frankreich muss klargemacht werden, dass man diesen Prozess nicht so blockieren darf, wie er im Augenblick weiterhin blockiert wird.

Zum Abschluss möchte ich noch eine Bemerkung zum Einsatz der Bundeswehr machen. Frau von der Leyen, ich habe genau zugehört. Sie haben gesagt, die Kanadier stellen jetzt Hubschrauber, wenn unsere Hubschrauber abgezogen werden. Ich hoffe, dass das in ausreichendem Maße nicht nur auf die MedEvacs, sondern auch auf die Kampfhubschrauber zutrifft. Das wäre gut; das ist auch meine Aufforderung an Sie. Das muss sichergestellt werden; denn sonst macht dieser Einsatz in den nächsten Monaten in der Tat nur wenig Sinn.

Wir unterstützen diesen Einsatz.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Damit kommen wir mit dem Kollegen Thomas Erndl von der CDU/CSU zum letzten Redner in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Erndl (CDU/CSU):

- (B) Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Einsatz der Bundeswehr in Mali in Afrika: Was machen wir da? Muss das sein? – Das sind Fragen, die wir in der Diskussion mit Bürgern im Wahlkreis hören.

Eine Antwort kann sein: Wir müssen für einigermaßen stabile Verhältnisse sorgen, damit sich nicht noch mehr Menschen auf den Weg nach Europa machen. – Eine bessere Antwort ist: Afrika ist der Kontinent der Chancen, für Europa, für uns, und natürlich sollte er es in erster Linie für die Menschen vor Ort sein.

Chancen und Perspektiven für junge Menschen können aber nicht in Kriegsgebieten, nicht im Chaos und nicht in Regionen ohne staatliche Strukturen entstehen, in Regionen, in denen Kinder nicht zur Schule gehen können. Deswegen ist es wichtig, dass die Regierung eine Verlängerung unseres Engagements in Mali im Rahmen von MINUSMA eingebracht hat. Unsere Bundeswehr ist bisher mit bis zu knapp 1 000 Soldatinnen und Soldaten beteiligt. Diese Zahl soll jetzt noch weiter erhöht werden. Zusammen mit der Ausbildungsmission der EU leisten unsere Soldaten dort einen hervorragenden Dienst.

Ich habe anfangs die Frage von Bürgern wiedergegeben, was wir in Afrika machen. Dabei kann ich auch auf Bürger in meinem Wahlkreis verweisen, nämlich auf Staatsbürger in Uniform, die in den letzten Monaten ihren Dienst in Mali geleistet haben und Gott sei Dank alle wohlbehalten zurückgekehrt sind. Sie treten morgen zum Rückkehrerappell an, bei dem ich wegen der Generaldebatte und der Abstimmungen leider nicht dabei sein kann. Deshalb möchte ich an dieser Stelle meine Anerkennung und meinen größten Respekt ausdrücken und

allen Soldaten hier auch einmal ausdrücklich Danke für ihren Dienst sagen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, was es bedeutet, wenn man seine Frau bzw. seine Partnerin das letzte Mal umarmt, bevor es in den Einsatz geht. Auch ich habe als Soldat diese Erfahrung gemacht. Deshalb an dieser Stelle nochmals ein Dankeschön. Unsere Gedanken sind immer bei den Familien der Kameraden, die nicht mehr zurückgekehrt sind.

Die Soldaten, mit denen ich gesprochen habe, bestätigen: Ohne die Friedensmission und ohne unseren Beitrag wäre die Lage in der Region weitaus schwieriger. – Sie bestätigen natürlich auch, dass es ein gefährlicher Einsatz ist – das müssen wir uns immer wieder ins Bewusstsein rufen – und dass die Fortschritte natürlich nicht immer sichtbar und sofort erkennbar sind. Es wird nicht jeden Tag irgendwo ein Brunnen gebaut und sofort sichtbar, dass es den Menschen besser geht.

Hier sind natürlich die militärischen Führer gefordert, zu erklären, dass zum Beispiel viele mühsame Aufklärungsfahrten erst nach der Zusammensetzung der Informationen ein Gesamtbild liefern, das wertvoll und wichtig ist, um die Aufgaben bewältigen zu können. Für diese Aufgaben brauchen militärische Führer, Herr Kollege Lucassen, Rückhalt aus der Heimat und keine Kritik. Unsere Bundeswehr ist sehr professionell unterwegs; das will ich hier einmal darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheitslage in Mali hat sich trotz der Anwesenheit der UN-Friedenstruppe insgesamt noch nicht so verbessert, wie wir uns das wünschen. Deshalb betone ich noch einmal: Ohne die intensive Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und ohne unsere Beteiligung an diesem Mandat sind der Schutz der Zivilbevölkerung und auch der Wiederaufbau nicht denkbar und nicht realisierbar.

Frau Kollegin Vogler, ich habe die Geschichte mit den Dominosteinen nicht verstanden. Mir erschließt sich nicht, wie man mit den islamistischen Mörderbanden hätte umgehen sollen, ohne dass man eingegriffen hätte.

Meine Damen und Herren, wir müssen für kleine Fortschritte dankbar sein, aber wir müssen realistische Erwartungen haben. Es geht am Schluss um Hilfe zur Selbsthilfe. Ohne MINUSMA, ohne die Präsenz der Vereinten Nationen und der Europäischen Union wird es keine friedliche Zukunft in Mali geben.

Wir sind die Vereinten Nationen. Das ist unser Beitrag für die Zukunftsperspektive in Afrika. Daher unterstützen wir natürlich diesen Antrag der Bundesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.